

Ein früherer Berater von Parteiguru Grillo erklärt, weshalb Cinque Stelle in die Opposition sollte Die Sterne sind jetzt schnuppe



Wo die Liebe hinfällt. Luigi Di Maio von den Fünf Sternen (l.) und Matteo Salvini von der Lega bilden in Italien eine Regierung. Foto Keystone

Von Marco Morosini

Seit Mittwoch steht sie also, die 65. Regierung der Repubblica Italiana, am Nachmittag wurde sie nach einigem Hin und Her in Rom vereidigt. An die Macht kommen nun die älteste und die neueste Partei Italiens: die rechts-extreme Lega (17 Prozent Wähleranteil), zum dritten Mal seit 1994, und die Fünf-Sterne-Bewegung (32 Prozent), eine Rechts-Mitte-links-Partei, geschaffen vom E-Marketing-Guru Gianroberto Casaleggio, der 2016 verstarb, die unter dem Komiker Beppe Grillo gross herauskam.

Ich bin überzeugt davon, dass diese Regierungsbeteiligung den Fünf-Sternen zum Verhängnis wird. Als Wegbegleiter und Ghostwriter von Grillo erlaube ich mir eine klare Empfehlung: Die Fünf-Sterne sollen sich vor sich selbst retten, zu ihren Gründungsprinzipien zurückkehren und in der Opposition reifen – je früher, desto besser. Aber erblinden vom angeblichen Triumph merken nur wenige, dass mit dem Regierungseintritt das grandiose Fünf-Sterne-Projekt grandios gescheitert ist.

Nichts mit «Tutti a casa!»

Die Fünf-Sterne-Bewegung war nie eine Partei wie jede andere. Allein zu regieren, das war immer ihr Ziel. Ihr Schlachtruf: Alle nach Hause! Entweder wir oder sie! Aber «sie», also die anderen Parteien, haben am 4. März die Wahlen gewonnen. 40 Millionen der 51 Millionen Wahlberechtigten haben nicht die Fünf-Sterne gewählt. Damit ist der immer noch verkündete Anspruch, «die Bürger» gegen «die Kaste» zu vertreten, passé. Dieser hohe Anspruch, den «Mumien der Parteien» etwas entgegenzusetzen. Wie hat es Parteichef Luigi Di Maio ausgedrückt? «Man kann sich nicht mit den Tätern des Massakers des Landes verbünden, mit denen, die die Probleme geschaffen haben, um sie zu lösen.» Man kann es offenbar doch.

Das pompöse «Tutti a casa!»-Projekt der Fünf-Sterne wird nun kommentarlos begraben – und mit ihm die ursprünglichen Fünf-Sterne. Aldo Giannuli, ein Politikwissenschaftler,

der jahrelang mit der Bewegung zusammenarbeitete, schreibt: «Der Staatsstreich, aus dem Ende 2017 die zweite Fünf-Sterne-Bewegung hervorging, begann im Sommer 2016. Die bisherige Fünf-Sterne-Bewegung wurde ohne Mitgliederabstimmung aufgelöst, und es wurde eine neue gegründet, mit einem Statut, das von niemandem gebilligt wurde.» Nach der Wahl vom 4. März begannen die «zweiten» Fünf-Sterne mit «den Mumien der Parteien» zu verhandeln, 88 Tage lang, um doch in einer Regierung zu landen. Dank dieser Pirouette hat die Bewegung jegliche Glaubwürdigkeit verloren. Wer die Koalition nicht gut findet, wird der Partei den Rücken kehren, Wähler, einfache Mitglieder und auch Mandatsträger. Schon seit 2013 haben die Fünf-Sterne 50 ihrer 180 Sitze im italienischen Parlament und im EU-Parlament verloren.

Ein wenig rechts, ein wenig links

Regieren heisst Stellung zu beziehen. Das ist jedoch nicht kompatibel mit der echten Identität der Partei – der Ambivalenz. «Wir sind ein wenig rechts, ein wenig links, ein wenig christdemokratisch. Wir passen uns allem an», sagte Beppe Grillo einmal. Und am Wahlabend rief ein strahlender Di Maio die Geburt einer «Republik der Bürger» aus.

Allerdings: Sind die 40 Millionen Wähler, die nicht Fünf-Sterne gewählt haben, vielleicht keine Bürger? Bald werden dann die Fünf-Sterne entdecken, dass die Bürger unterschiedliche Interessen haben. Viele wollen mehr Wirtschaftswachstum, einige wollen weniger. Manche wollen mehr Privatisierungen, andere mehr öffentliche Unternehmen. Mehr fossile Brennstoffe oder mehr erneuerbare Energien. Mehr Einkommen für die Reichen oder mehr für die Armen. Mehr Autobahnen oder mehr Fahrradwege. Den Rückzug oder den Verbleib im Euro. Und so weiter.

Gäbe es diese Differenzen nicht, so würde eine einzige «Partei der Ehrlichen», so die Fünf-Sterne, ausreichen, um die «Interessen der Bürger» durchzusetzen. Regieren heisst in Wahrheit aber, für jemanden einzutreten: ent-

weder für die Bevorzugung der Schwachen oder die der Starken oder für die Aufrechterhaltung des Status quo – also auch für die Bevorzugung der Starken.

Während der Regierungsverhandlungen bemerkten die Fünf-Sterne-Wähler, dass sie einen Blankoscheck für eine Koalitionsregierung erteilt haben. Es hätte ein Bündnis mit dem Partito Democratico werden können. Diese Option würde wahrscheinlich von den siebzehn Fünf-Sterne-Abgeordneten im Europäischen Parlament bevorzugt, die meistens zusammen mit der Vereinten Europäischen Linken und den Grünen abstimmen. Aber die Parteiführung hatte andere Pläne.

Sie arbeitet schon länger an einer Koalition mit der Lega. Seit einem Jahrzehnt schon verunglimpfen die Fünf-Sterne-Medien den Partito Democratico und die Linke als das absolute Übel («Kotzbrocken», «Ihr müsst sterben»); gegen die Rechten wurde nie agitiert. Die Fünf-Sterne-Leute wurden zum Hass gegen links aufgestachelt, viele linke Fünf-Sterne-Anhänger verliessen die Partei, und es kam neues rechtes und rechtsextrêmes Personal. Es ist ein Paradox: Mit einer Lega-Fünf-Sterne-Koalition führt eine Bewegung, die gegen die Rechten wurde nie agitiert, die dieses Land zerstört haben, nach Hause zu schicken», plötzlich zur Restauration einer diskreditierten Regierungsmacht – der Lega von Matteo Salvini.

Hat jemand Gefängnis gesagt?

Salvini – notabene – ist Chef nicht nur der Lega, sondern auch der bestehenden rechten Allianz aus Lega, Forza Italia (Berlusconi) und Fratelli d'Italia (Faschisten), die auf 37 Prozent der Stimmen kam. Die angebliche «Regierung des Wandels» inthronisiert nun wieder die älteste italienische Partei, gegründet 1989, die einzige überlebende der diskreditierten «ersten» Republik.

Den Fünf-Sternen scheint es egal zu sein, dass es Spitzenmänner der bisherigen Koalition, Silvio Berlusconi und Cesare Previti, der Lega zu verdanken haben, dass sie keinen einzigen Tag im Gefängnis verbringen mussten. Und

das, obwohl sie zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Die Fünf-Sterne haben noch ein anderes Problem: In zehn Jahren ist es der Partei nicht gelungen, intern politische Persönlichkeiten zu finden oder heranzuziehen, die in der Lage wären, alle Ministerposten zu besetzen. Wichtige Ministerien und selbst das Amt des Ministerpräsidenten werden nun mit parteifremden Technokraten besetzt – wobei die Fünf-Sterne solche immer heftig kritisiert haben. Die gleiche Unreife gilt für den Parteichef Luigi Di Maio, 31 Jahre alt.

Wie kann man Italien einem Politikneuling anvertrauen, der weder in der Lage war, sein Studium abzuschliessen noch eine sinnvolle berufliche Tätigkeit auszuüben? Der nie Exekutivverantwortung trug, nicht einmal in einer kleinen Gemeinde? Wie soll jemand mit diesem Profil auf Anhieb ein G7-Land regieren? In den Trash-TV-Talkshows zu brillieren ist nicht dasselbe, wie mit den Staats- und Regierungschefs der Welt auf Augenhöhe zu verhandeln.

Reift erst mal!

Wenn die Fünf-Sterne-Bewegung ihre Widersprüche überwinden und vielleicht eines Tages das Land wirklich reformieren will, braucht sie drei Dinge. Erstens: eine Rückkehr zu den ursprünglichen Prinzipien, die den ökologischen und sozialen Wandel in den Vordergrund stellen. Zweitens: die Bildung einer wahren politischen Elite. Und schliesslich den Verzicht auf die Fünf-Sterne-typische Politik der systematischen Beleidigungen, des Grolls, des Hasses und der Aberkennung der Legitimation der politischen Konkurrenten.

Vielleicht wäre dann die Fünf-Sterne-Bewegung reif genug, wirklich mehr als die Hälfte der Wähler zu vertreten – wie sie immer beteuerte – und alle verhassten Parteien wenn nicht «nach Hause» zu schicken, dann zumindest in die Opposition.

Marco Morosini (65) war Berater und Ghostwriter von Beppe Grillo, dem Mitgründer der Fünf-Sterne-Bewegung. Er lehrt Umweltpolitik an der ETH Zürich. Dieser Artikel erschien zuerst in der deutschen Tageszeitung taz.

«Er lässt nicht locker»

Trump bleibt vor G7-Gipfel in Handelsstreit hart

Washington/La Malbaie. Wegen der Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump droht auf dem G7-Gipfel in Kanada in dieser Woche der Eklat. Trumps Wirtschaftsberater Larry Kudlow sagte am Mittwoch, der Präsident werde bei seiner harten Linie bleiben. «Er lässt nicht locker.» Er werde mit den anderen Staats- und Regierungschefs über die Streitpunkte sprechen.

Das Treffen in Charlevoix in Quebec ist für die anderen G7-Staaten die erste Gelegenheit, die US-Zölle auf Stahl und Aluminium persönlich bei Trump anzusprechen, seit die Abgaben vergangene Woche für Einfuhren aus der EU sowie Kanada und Mexiko eingeführt wurden.

Schwierige Diskussionen erwartet

Der Konflikt zwischen den USA und traditionellen Partnern hat bei vielen Investoren die Furcht vor einem weltweiten Handelskrieg aufkommen lassen. Auch Gastgeber Justin Trudeau bereitet sich auf Wortgefechte mit Trump vor. Es werde «sehr, sehr offene Gespräche» geben, sagte der Ministerpräsident dem Sender Global TV. Er werde Trump persönlich den kanadischen Unmut übermitteln. Auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hatte zuvor gesagt, sie erwarte «schwierige Diskussionen» mit Trump bei dem zweitägigen Treffen der sieben Staatenlenker.

Kudlow zufolge trifft der US-Präsident neben Trudeau auch mit Frankreichs Emmanuel Macron zu einem bilateralen Austausch zusammen. Aus dem Präsidentsamt in Paris verlautete, man werde die Unzufriedenheit ausdrücken, aber kein Ultimatum für die Streichung der Zölle stellen. Der G7-Gipfel sei dafür nicht der geeignete Ort.

Kudlow äusserte sich dennoch «optimistisch» zu den Erfolgsaussichten des Treffens. Alles solle «durchgesprochen» werden. Es gäbe zwar «Meinungsverschiedenheiten», doch betrachte er diese «wie einen Familienstreit». SDA

Aufgeschobener Stolperstein

London legt Notfallplan für nordirisch-irische Grenze vor

London. Die britische Regierung hat sich nach langem Hin und Her auf einen Notfallplan für die Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland nach dem Brexit geeinigt. Ziel ist es, Grenzkontrollen zwischen den beiden Teilen der irischen Insel zu vermeiden. Der Plan, der gestern veröffentlicht wurde, sieht vor, dass sich Grossbritannien notfalls auch über das Ende der Übergangsphase nach dem Brexit Ende 2020 hinaus an die Regeln der Europäischen Zollunion hält. Möglichst bis Ende 2021 soll damit aber Schluss sein.

EU-Chefunterhändler Michel Barnier begrüsst die Veröffentlichung des Papiers per Kurznachrichtendienst Twitter, gab aber auch gleich Hinweise darauf, woran der Plan scheitern könnte: «Ist es eine funktionsfähige Lösung, um eine harte Grenze zu vermeiden? Respektiert es die Integrität des Europäischen Binnenmarkts und der Zollunion? Ist es ein Notfallplan, der jedem Wetter standhält?»

Rücktrittsdrohungen von Davis

Die irische Regierung erklärte, sie werde den neuen Vorschlag aus London überprüfen. Der Chefunterhändler des EU-Parlaments, Guy Verhofstadt, reagierte mit Kritik: «Ein zeitlich begrenzter Notfallplan ist kein Notfallplan», erklärte er.

Die britische Opposition stellte den Nutzen des Plans infrage: Nach wochenlangen «Verhandlungen der Regierung mit sich selbst» sei ein Plan herausgekommen, «der keines der grundlegenden Probleme des Brexit löst», sagte der Labour-Abgeordnete Chris Leslie.

Die Regierung von Premierministerin Theresa May wäre im Streit um das Dokument beinahe in eine erste Krise geschlittert. Brexit-Minister David Davis hatte offenbar gar mit Rücktritt gedroht, sollte keine zeitliche Begrenzung für die Gültigkeit des Notfallplans festgeschrieben werden. SDA